

Berliner Kunsthochschule entzieht Israelis, die den „Zionismus verlernen“ wollen, die Finanzierung

Mairav Zonstein, 972mag.com, 21.10.20

Eine Berliner Kunsthochschule zog abrupt die Finanzierung für ein Programm zurück, das von jüdischen Israelis ins Leben gerufen wurde, die versuchen, die zionistische Darstellungsweise in Frage zu stellen, mit der sie aufgewachsen sind.

In Deutschland gelten jüdische Israelis, die versuchen, die zionistische Sichtweise in Frage zu stellen, heute praktisch als antisemitisch.

„Die deutsche Politik macht uns zu guten oder schlechten Juden“

Yehudit Yinhar

Vor etwa einem Jahr starteten ein Dutzend jüdisch-israelische Künstler und Wissenschaftler, die in Berlin leben, ein Programm mit dem Motto „Schule zum Verlernen des Zionismus“ als „Raum für gemeinsames Lernen und interne, jüdisch-israelische Auseinandersetzung mit einander über die zionistische Geschichte“.

Für das Projekt waren den ganzen Oktober hindurch täglich virtuelle Veranstaltungen mit sowohl israelischen als auch palästinensischen Sprechern angekündigt, vom Historiker Ilan Pappé über „Zionismus als Siedler-Kolonialismus“ bis zu den palästinensischen Politikanalytikerinnen Marwa Fatafta und Salem Barahmeh über „Die zweite Intifada, Oslo und was kommt danach“.

Zusätzlich zu den Vorträgen, die nach Angaben der Organisatoren zwischen 25 und 80 Teilnehmer verzeichneten hat die Initiative Filmvorführungen und eine Kunstinstallation an der Kunsthochschule Weissensee in Berlin eingerichtet. Doch am 8. Oktober, nur wenige Tage nach Beginn des Programms, zog die Universitätsverwaltung die spärlichen Mittel für das Programm - symbolische Honorare von 100 Euro für jeden Referenten - abrupt zurück und nahm die entsprechende Abteilung von ihrer Website herunter, ohne die Organisatoren überhaupt zu benachrichtigen.

„Ich war sehr überrascht, dass die Universitätsleitung tätig wurde, ohne mit mir zu sprechen und ohne die Angelegenheit zu untersuchen und mit irgendjemandem im Programm über die Kunstinstallation zu sprechen“, sagte Professor Mathias Jud, ein Gastprofessor an der Kunsthochschule, der die Arbeit mehrerer jüdischer israelischer Studenten betreut hat, die das Konzept des „Zionismus verlernen“ erforschten.

Die Reaktion der Universität wurde durch eine E-Mail von Frederik Schindler ausgelöst, einem Journalisten der konservativen Tageszeitung *Die Welt*, die am 7. Oktober dort einging und die +972 gesehen hat. Schindler wandte sich mit dem Einwand zum Programm an die Universität, es habe Verbindung zu der von Palästinensern initiierten Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung

(BDS). Ausdrücklich nannte er vier jüdische Israelis auf der Rednerliste als Unterstützer von BDS, das in Deutschland als antisemitisch betrachtet wird.

In der E-Mail zitierte Schindler auch zwei Tweets, die sehr kritisch über das Ereignis berichten, darunter ein Tweet von Volker Beck, einem deutschen Politiker, der als Hardliner pro-israelische Positionen vertritt und bis 2017 als Abgeordneter im Bundestag tätig war. Beck argumentierte, dass die Veranstaltung weitergehen könne, aber nicht mit Bundesgeldern. (1)

Es ist kein Zufall, dass die ursprünglichen Autoren der Anti-BDS-Resolution die AfD ist, eine rechtsextreme islamfeindliche und pro-israelische Partei. Der Partei gehören Führer an, die israelische Flaggen schwenken und gleichzeitig den Holocaust leugnen.

Shir Hever

Im Mai 2019 verabschiedete die deutsche Regierung eine Resolution, in der die Unterstützung des BDS als antisemitisch bezeichnet wird, und zwar eindeutig und wortwörtlich, wegen der Assoziation im kollektiven Gedächtnis Deutschlands mit dem Boykott jüdischer Geschäfte in der NS-Zeit. Er enthält Aussagen über die Verweigerung staatlicher Gelder für diejenigen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen und einen Boykott Israels unterstützen oder aktiv dazu aufrufen (2)

Während die Resolution nicht rechtsverbindlich ist, gelten Aktivismus oder Diskussionen um einen Boykott Israels - oder auch nur die Infragestellung der israelischen Regierungspolitik - in Deutschland als Tabu, zumindest in öffentlichen Institutionen. Im vergangenen Juni musste der Präsident des Jüdischen Museums in Berlin zurücktreten, nach einem Tweet zum Brief israelischer Wissenschaftler getwittert hatte, die die Gleichsetzung von BDS mit Antisemitismus ablehnen. (3)

Berücksichtigt man die verhältnismäßig geringe Größe des Projekts, scheint die Universität vor dem Druck des rechten Flügels kapituliert zu haben, der angeblich ausgelöst durch Schindlers E-Mail ausgelöst wurde. „Wir mussten schnell entscheiden, wie wir mit dem Protest gegen die Umsetzung der Veranstaltung umgehen“, sagte Universitätssprecherin Birgit Fleischmann in einer E-Mail an +972 und verwies auf „Lärm“, der in sozialen Medien gemacht werde. Sie sagte, dass Schindler sie tatsächlich über das Programm informiert habe, und bestätigte, dass der Grund für den Entzug der Finanzierung die Anti-BDS-Resolution des Parlaments sei, zusammen mit einer Erklärung der deutschen Universitätsleiter vom November 2019, die diese unterstützen. (4)

Die Universität legte jedoch nicht klar, was an dem Programm sie als BDS-Unterstützung charakterisiert. Auf die Frage, wie sie auf die Tatsache reagieren, dass sich jüdische Israelis nun zum Schweigen gebracht fühlen, entschuldigte sich Fleischmann bei allen, die von der Entscheidung der Universität betroffen sind, und sagte, dass die Universität, „versuchen wird, die Organisatoren dabei zu unterstützen, andere Möglichkeiten zur Finanzierung des Projekts zu finden, das ein kleines Budget erfordert, damit die Vorlesungen so stattfinden können, wie die Studenten es geplant hatten“, da eine Unterstützung des Bundes nicht in Frage komme.

Jud sagte, dies sei das erste Mal, dass er an einer akademischen Veranstaltung teilnehme, der wegen ihres Inhalts die Finanzierung verweigert worden sei. Er sieht darin einen klaren Verstoß gegen die akademische Freiheit und hat seinen Widerspruch gegenüber der Universität deutlich gemacht. Es sei „sehr problematisch“, die Veranstaltungen abzusagen, mit der Behauptung, sie verstießen gegen die Anti-BDS-Resolution, erklärte er, „weil diese Resolution ausdrücklich besagt, dass man jüdische Veranstaltungen nicht absagen könne. Sie wendet sich ausdrücklich gegen den Boykott von Veranstaltungen von Juden“. Während die Universität versucht, ein Verbot des Boykotts von Juden zu verteidigen, zielt sie in Wirklichkeit auf bestimmte Juden ab und boykottiert diese tatsächlich.

Die Schule über das „Verlernen des Zionismus“ hat nichts mit BDS zu tun, sagt Yehudit Yinhar, eine der Gründerinnen der Gruppe. Sie ist in einem Kibbuz aufgewachsen, lebt seit einem Jahrzehnt in Berlin und studiert derzeit Kunst an der Kunsthochschule Weißensee. „Die Praxis des Verlernens hängt damit zusammen, die Machtverhältnisse und die eigene Rolle innerhalb dieser Verhältnisse zu betrachten. Um Hegemonie abzubauen und Partner im Kampf um Gleichheit in Bereichen zu sein, in denen die Machtverhältnisse nicht gleich sind und Privilegien eine Ressource darstellen, müssen wir diese Diskussion unter uns führen“, bemerkte sie.

Yinhar erklärte, dass die „Schule zum Verlernen des Zionismus“ ihr eine politische Heimat biete, wo Menschen persönliche Geschichten und Texte austauschen können. „Wirklich wichtige Momente des gemeinsamen Wachsens und Lernens haben sich in diesem Raum ereignet, und dann kommt diese Institution und sagt: *Wir möchten, dass Sie anders reden oder zurück nach Israel gehen, wo das kein Problem ist. Aber so können Sie hier nicht auftreten. Das funktioniert nicht mit unserer Geschichte, Ihre Geschichte gehört uns. Die deutsche Politik macht uns zu guten oder schlechten Juden*“.

Der Sprecher der israelischen Botschaft in Berlin lehnte ein Interview ab. Stattdessen verwies er mich auf deren Tweets zu dem Thema, in denen sie nicht nur zu der Entscheidung der Universität stehen, sondern das Programm ausdrücklich als antisemitisch bezeichnen.

„Einen Workshop zu veranstalten, dessen Titel bereits die Existenzgrundlage Israels negiert, ist eine Umarmung des Antisemitismus“, heißt es in einem Tweet. Die Botschaft beruft sich auch auf die Definition von Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (5), die als Beispiel die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes anführt. „Diese Veranstaltungsreihe fällt unter diese Definition und sollte als das anerkannt werden, was sie ist: antizionistisch und antisemitisch“, schreiben sie in einem weiteren Tweet.

Für Shir Hever, ein israelischer politischer Ökonom, der in verschiedenen Bildungs- und Aktivistengruppen zu Israel-Palästina in Deutschland aktiv ist und einer der Gastredner des Programms ist, geht es nicht um den Kampf gegen den BDS, sondern um den Aufstieg der pro-israelischen Rechtsextremen in Deutschland.

Hever sagt, es sei kein Zufall, dass die ursprünglichen Autoren der Anti-BDS-Resolution die AfD sei, eine rechtsextreme islamfeindliche und pro-israelische Partei. Ähnlich wie Vertreter innerhalb der GOP [US-amerikanische Republikanische Partei - Pako], die vorgeben, pro-israelisch zu sein, aber mit antisemitischen Verschwörungstheorien hausieren gehen, gehören der Partei Führer an, die israelische Flaggen schwenken und gleichzeitig den Holocaust leugnen.

„Plötzlich gibt es neue Bewegungen - meist pro-israelische Gruppen und deutsch-israelische Vereine -, die sagen, Antisemitismus sei kein deutsch-christliches, sondern ein importiertes muslimisches Problem“, erklärte Hever. „Das erlaubt ihnen, die Geschichte neu zu schreiben. Es geht nicht darum, Juden zu hassen, sondern Juden in eine bestimmte Schublade zu stecken: Wir lieben die Juden, solange sie in Israel sind und gegen die Muslime kämpfen“, was einer weißen nationalistischen deutschen Darstellung dient, fügte er hinzu.

Es ist üblich, dass jüdische Israelis in Berlin von weißen christlichen Deutschen des Antisemitismus beschuldigt werden, aber dass Palästinenser unverhältnismäßig stark zensiert werden.

Sa'ed Atshan

Rund 25.000 Israelis leben in Berlin, einem Raum, den Yinhar als „zwischen Tel Aviv und Ramallah“ beschreibt, in dem die Trennung zwischen Israelis und Palästinensern, mit der sie aufgewachsen ist, nicht mehr besteht. Berlin ist auch die Heimat der größten palästinensischen Diasporagemeinschaft in Europa, die laut Sa'ed Atshan, Mitautor des Buches „The Moral Triangle: Germans, Israelis, Palestinians“, 60.000 Menschen umfasst: so Sa'ed Atshan.

Das Buch basiert auf Recherchen, die die Autoren 2018 in Berlin vorgenommen haben. Sie befragten repräsentative Stichproben von Personen aller drei Gruppen darüber, welche moralische Verantwortung Deutschland gegenüber den im Land lebenden Israelis und Palästinensern hat.

Atshan sagt, dass es üblich ist, dass jüdische Israelis in Berlin von weißen christlichen Deutschen des Antisemitismus beschuldigt werden, aber dass Palästinenser unverhältnismäßig stark zensiert werden. „Die Palästinenser in Deutschland befinden sich in einer prekären Lage, bemerkte er. „Es ist politischer und sozialer Selbstmord, wenn palästinensische Deutsche öffentlich über ihre Politik sprechen. ihnen werden falsche Vorwürfe des Antisemitismus gemacht, die mit Rassismus gegen Migranten, Araber und Muslime einhergehen“, merkte er an.

Atshan beschreibt Berlin auch als einen Ort, der einen fruchtbaren „post-zionistischen Kontext“ bietet, vor allem wenn man bedenkt, dass viele Israelis und Palästinenser in den gleichen Vierteln leben. Es gebe jedoch eine Diskrepanz zwischen dem eher privaten, basisdemokratischen Diskurs und der institutionellen Debatte, fügte er hinzu.

„Es gibt eine Politik der Schuldfrage, die zur Unterdrückung der Meinungsäußerung und der intellektuellen Diskussion führt“, ergänzte Atshan. „Gleichzeitig gibt es eine enorme Offenheit und Fähigkeit, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen“.

Mairav Zonszein ist Journalistin und Redakteurin, die über Israel-Palästina und seine Rolle in der US-Politik schreibt. Sie veröffentlicht unter anderem in The Guardian, The New York Times, The Washington Post, The New York Review of Books, The Intercept, VICE News, Foreign Policy und viele andere.

- (1) https://twitter.com/Volker_Beck/status/1315330196380278786?s=20
- (2) <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf>
- (3) <https://www.972mag.com/germany-anti-bds-zeitgeist-taken/>
<https://taz.de/Bundestagsbeschluss-zu-Israel-Boykott!/5601030/>
<https://de.scribd.com/document/412475185/Call-by-240-Jewish-and-Israeli-scholars-to-German-government-on-BDS-and-Anti-Semitism>
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/israel-boykott-bds-antisemitismus-meinungsfreiheit-bundesregierung/komplettansicht>
- (4) <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/kein-platz-fuer-antisemitismus/>
- (5) <https://www.972mag.com/antisemitism-israel-jews-ihra/>
<https://www.972mag.com/gop-antisemitism-white-nationalism/>
- (6) <https://www.dw.com/en/afds-jews-say-german-far-right-party-isnt-anti-semitic/a-45635589>
<https://www.thelocal.de/20180117/berlin-court-rules-afd-politician-can-be-called-a-holocaust-denier>

Quelle: <https://www.972mag.com/zionism-germany-antisemitism/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de